

Südkaucasus

Das Büro in Baku

[map]

Office in Baku = Büro in Baku

Baku = Baku

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das Büro engagierte sich in der gesamten Bandbreite der demokratiepolitischen Bestrebungen Aserbaidschans und seiner Verpflichtungen als Teilnehmerstaat, wobei die abgewickelten Projekte an Umfang wie auch an Vielfalt zunahmen. Im Mittelpunkt standen für das Büro die Hilfeleistung bei der Reform der Polizei und der Justizverwaltung sowie der Kampf gegen Korruption.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützungsprogramm. Lehrer der Polizeischule in Baku, die jüngst in modernen Unterrichtsmethoden geschult wurden, veranstalteten für ihre Kollegen einen zweiten Kurs, bei dem Partner aus der Tschechischen Republik als Mentoren fungierten. Nunmehr hat das gesamte Lehrpersonal den Kurs abgeschlossen.

Im Juli startete das Büro sein aus drei Phase bestehendes Projekt für bürgernahe Polizeiarbeit, durch das die Polizei näher an die Bürger heranrücken soll. Es umfasste Seminare, Vorträge, öffentliche Veranstaltungen sowie Hörfunk- und Fernsehsendungen. Örtliche Polizeibeamte besuchten auch die Türkei, um sich dort mit der bürgernahen Polizeiarbeit vertraut zu machen.

Versammlungsfreiheit. 2006 veranstaltete das Büro mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland zwei weitere Schulungskurse für das Innenministerium und zum ersten Mal auch einen Kurs für die Polizei von Baku. Führung und Kontrolle, Lagebeurteilung und rechtliche Verpflichtungen – geübt in der realen Umgebung eines Kommandopostens – wurden ergänzt durch praktische Übungen im Umgang mit großen Menschenansammlungen. Höhepunkt war eine Vorführung des Erlernten vor den Medien, der internationalen Gemeinschaft und hochrangigen Regierungsvertretern.

Beseitigung gelagerter Raketentreibstoffkomponenten. Die Nordatlantikvertrags-Organisation begann, unterstützt durch das Büro, in zwei Lagerstätten von flüssigem Raketentreibstoff in Aserbaidschan mit der Entsorgung des *Mélange*-Anteils des Treibstoffs. Mit Hilfe eines internationalen Experten startete das Büro Projekte zur Überwachung der Situation, nachdem in einer der beiden Lagerstätten *Samin* ausgelaufen war.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Das Büro legte eine Datenbank bestehender und potenzieller aserbaidjanischer Exporteure an. Sie ist ein wichtiges Hilfsmittel für die unternehmerische Tätigkeit und die regionale Wirtschaftsentwicklung. Die Datenbank bietet allen, die darin eingetragen sind, Zugang zu Fachwissen, Know-how und bewährten Praktiken führender Investitionsförderungsagenturen in den Volkswirtschaften anderer Reformländer.

Kampf gegen Korruption. Das Büro half bei der Einrichtung eines funktionsfähigen Antikorruptionsnetzwerks. In Zusammenarbeit mit *Transparency Azerbaijan* schuf das Büro ein neues Korruptionsbekämpfungszentrum in Guba und es unterstützte auch die Zentren in Baku, Gandscha und Lenkaran. Die Zentren nehmen Meldungen über Korruptionsfälle von Betroffenen entgegen und helfen ihnen gegebenenfalls, diese Fälle vor Gericht zu bringen. Sie ermutigen auch die zuständigen Behörden, die neuen Rechtsvorschriften durchzusetzen und die Fälle zu bearbeiten.

Wasserfragen. Das Büro unterstützte wie bisher die *Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC)*, eine gemeinsame Aktivität der OSZE sowie des Entwicklungsprogramms und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Das Büro unterstützte auch weiterhin das von der OSZE und der NATO betriebene Programm zur *Flussüberwachung* im Südkaukasus. Dreißig Wasserbeobachtungsstationen im Einzugsgebiet der Flüsse Kura und Arax liefern wertvolle Daten für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen der Region, bei der ein Gleichgewicht zwischen dem steigenden Bedarf der Haushalte und der Industrie und den Bedürfnissen eines fragilen Ökosystems gehalten werden muss.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

RECHTSSTAATLICHKEIT

Verbesserung der Untersuchungshaft. Eine Expertengruppe, die vom Büro zur Verbesserung des Untersuchungshaftsystems eingesetzt wurde, erarbeitete Abänderungen zum Gesetzesentwurf über die Untersuchungshaft, der zurzeit vom Ständigen Ausschuss des Parlaments geprüft wird.

Prozessbeobachtung. 2006 beobachtete das Büro im Rahmen seines Langzeitprogramms, das auf die stärkere Achtung des Rechts auf ein faires Verfahren und die Förderung der Rechts- und Justizreform im Land abzielt, über 250 Gerichtsverfahren.

Unschuldsvermutung. Das Büro verfasste einen Bericht darüber, wie die Unschuldsvermutung im Land gehandhabt wird. Es empfahl unter anderem, dass Beamte und die Medien es unterlassen, den Ruf von Angeklagten zu schädigen, und dass Stellungnahmen von Beamten zu laufenden Strafverfahren strenger geregelt werden.

Verbesserung der Jugendstrafrechtspflege. Im Rahmen der Unterstützung des Büros bei der Abstimmung der nationalen Rechtsvorschriften und Verfahren mit den internationalen Verpflichtungen des Landes bezüglich der Rechte des Kindes trafen Vertreter verschiedener Ministerien und der Zivilgesellschaft regelmäßig zusammen, um die Entwicklung eines Systems der Jugendstrafrechtspflege zu erörtern. In der Arbeitsgruppe ging es unter anderem um Prävention, Strafmaßnahmen und soziale Integration.

Programm zur Verhütung von Folter. Das Büro veranstaltete über 25 Schulungskurse für Richter, Beamte der Staatsanwaltschaft und Verwalter von Strafvollzugsanstalten.

Das Büro gab eine für die Öffentlichkeit bestimmte Broschüre mit dem Titel *200 Fragen – 200 Antworten zu Folter* und ein Handbuch *Aufdeckung und Bestrafung von Folter* für Beamte der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, Richter und Rechtsanwälte heraus.

DEMOKRATISIERUNG

Programm zum Aufbau von Kapazitäten. Das Büro organisierte zwei Arbeitstagungen für inländische Nichtregierungsorganisationen (NROs), die im Bereich Gender Mainstreaming, Frauenrechte und Bekämpfung des Menschenhandels tätig sind. Dabei wurde eine Reihe von Methoden zur Vertretung der Interessen der Betroffenen aufgezeigt, unter anderem öffentliche Mitsprache, Führung von Musterprozessen und *Community Organizing*. Im Dezember ließ das Büro Schulungskurse zum Thema Gestaltung der Beziehungen zu den Medien folgen.

Das Büro leistete Unterstützung bei der Ausarbeitung von Gesetzen über Vereine, Stiftungen, Wohltätigkeitsorganisationen und Freiwilligenverbände und zeigte Mängel in bestehenden Gesetzen auf.

Medienfreiheit. Durch eine Reihe von Seminaren förderte das Büro eine ausgewogenere, sachkundigere und umfassendere Medienberichterstattung und ermöglichte eine verantwortungsvolle und umfassende öffentliche Debatte über Fragen wie Arbeitsmigration, Gewalt in der Familie und Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro unterstützte die Ausbildung von Journalisten und Regierungssprechern, um deren berufliche Kompetenz zu steigern, und nahm im Mai seine Mediengesprächsrunden wieder auf, um internationalen Organisationen eine Plattform zum Informationsaustausch zu bieten.

Um das rechtliche Umfeld für die Medien zu verbessern, half das Büro, eine Diskussion über das Gesetz gegen Verleumdung und üble Nachrede in Gang zu setzen. Ein Journalistenverband wird sich mit Unterstützung des Büros für die völlige Entkriminalisierung der üblen Nachrede und für Abänderungen im Zivilgesetzbuch einsetzen, wobei es insbesondere um die Festlegung von Obergrenzen für Entschädigungen geht.

Das Büro beauftragte ein Team der British Broadcasting Corporation, das öffentlich-rechtliche Fernsehen in seiner derzeitigen Form und den unmittelbaren Entwicklungsbedarf zu bewerten. Der Bericht, der im Oktober vorgelegt wurde, dient dem Büro als Grundlage für seine laufenden Bemühungen um Mithilfe bei der Umgestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in eine professionelle öffentliche Rundfunkanstalt, in der ausgewogen berichtet wird.

Gewalt in der Familie. Das Büro ermöglichte Diskussionen über den Entwurf eines Gesetzes über Gewalt in der Familie und half bei der Koordinierung der Bemühungen um Schulung von Polizei- und Justizbeamten insbesondere in ländlichen Gebieten.

Genderfragen. Im Februar entsandte das Büro ein Team nach Südaserbajdschan, das die Aufgabe hatte, die Lage hinsichtlich der Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Frauen zu beurteilen, herauszufinden, welche staatlichen und Nichtregierungsorganisationen

versuchen, hier Abhilfe zu schaffen, und Strategien zur Förderung der Gleichbehandlung zu empfehlen. Das Team empfahl, 2007 ein Zentrum einzurichten, über das alle Frauen in der Region erreicht werden können. Im Mai setzte das Büro eine ausführliche öffentliche Debatte über das *Gleichbehandlungsgesetz* in Gang, um im Zuge der Ausarbeitung des Gesetzes das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu sorgen. Die Teilnehmer richteten an die Redakteure des Gesetzestextes Stellungnahmen und Empfehlungen.

Menschenhandel. Das Büro und das Innenministerium setzten ein Gebäude instand, das im Land die erste sichere Unterkunft für Opfer von Menschenhandel und durch Menschenhandel gefährdete Personen werden soll. Das Büro erstellte und finanzierte auch einen Ausbildungsplan für gefährdete Frauen in Guba, einer Bezirkshauptstadt im Norden des Landes. Mit Unterstützung der Kommunalverwaltung erhielten junge Frauen eine Ausbildung zu Sekretärinnen und Hilfe bei der Arbeitssuche, wodurch ihr Gefährdungspotenzial verringert werden soll.

Leiter des Büros:
Botschafter Maurizio Pavesi
Revidierter Gesamthaushalt: € 1.733.000
www.osce.org/baku

Die Mission in Georgien

[map]

Mission to Georgia = Mission in Georgien

Seconded staff to the UN HROAG = Zur UN HROAG entsandtes Personal

Office of the Personal Representative of the OSCE CiO on the Conflict Dealt with by the OSCE Minsk Conference = Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Tbilisi = Tiflis

Tskhinvali = Zchinwali

Internationale Grenzen
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Im Prozess zur Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts – einem der Schwerpunkte des Missionsmandats – war dieses Jahr eine Stärkung der Vertrauensbasis durch wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verzeichnen, doch gab es nur geringe politische Fortschritte. Der Dialog in der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) kam Ende des Jahres zum Stillstand und es gab keinerlei Fortschritte in Richtung einer Entmilitarisierung. Durch einige Zwischenfälle verschärfen sich die allgegenwärtigen Spannungen in der Konfliktzone. Dazu zählten der Beschuss eines die Zone überfliegenden Hubschraubers des georgischen Verteidigungsministeriums, ein Schusswechsel mit tödlichem Ausgang zwischen der

georgischen und der ossetischen Miliz und mehrere Explosionen, die teilweise durch Landminen ausgelöst wurden.

Dennoch wurde im Bereich der Vertrauensbildung einiges erreicht. Die Mission stellte eine Bedarfserhebungsstudie hinsichtlich der wirtschaftlichen Infrastruktur in der Konfliktzone und den angrenzenden Gebieten fertig und leitete anschließend ein großes internationales *Programm für wirtschaftlichen Wiederaufbau* unter OSZE-Führung in die Wege.

Die Mission arbeitete an der Weiterentwicklung ihrer Programme in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere betreffend Strafvollzugsanstalten, um diese auf weitere Regionen ausdehnen zu können. Sie unterstützte die Reform der Hauptwahlbehörde vor und nach den Kommunalwahlen vom Oktober. Die Mission half der Regierung weiterhin beim Aufbau von Kapazitäten hinsichtlich Grenzmanagement, Polizeireform und Terrorismusbekämpfung. Sie leistete auch Unterstützung bei der Gestaltung der Regierungspolitik in Bezug auf Good Governance und Korruptionsbekämpfung.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

KONFLIKTBEILEGUNG

Der georgisch-ossetische Konflikt. Um zur Lösung des Konflikts auf friedlichem Wege beizutragen, setzte die Mission die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in der politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Dimension ein.

An der politischen Front beteiligte sie sich aktiv an den Sitzungen der JCC, in denen Georgien, Südossetien, Nordossetien und Russland gemeinsam den Vorsitz führen, und sie intensivierte die Konsultationen mit allen Beteiligten, um zu gewährleisten, dass die Konfliktparteien den Dialog weiterführen und nach allseits akzeptablen Lösungen suchen.

START BOX

Wirtschaftlicher Wiederaufbau in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts

Die Mission ist in zwei große wirtschaftliche Wiederaufbauinitiativen in der Konfliktzone eingebunden. Die Konfliktparteien sind sich darin einig, dass die Umsetzung solcher Programme ein wirksamer Mechanismus für Vertrauensbildung und letztendlich für die vollständige Lösung des Konflikts ist. Die Mission koordinierte weiterhin ein Programm, das von der Europäischen Kommission mit 2,5 Millionen EUR subventioniert wird. Im Anschluss an eine unter Leitung der OSZE durchgeführte Bedarfserhebungsstudie zu den Themen soziale Infrastruktur, Straßen, Landwirtschaft, Privatwirtschaft und Finanzen setzte die Mission auch eine einzigartige internationale Initiative in Gang. Gestützt auf internationale Mittelzusagen von fast 8 Millionen EUR und in enger Zusammenarbeit mit den vier Parteien und der internationalen Gemeinschaft begann die Mission im Oktober mit der Umsetzung des groß angelegten *Programms für wirtschaftlichen Wiederaufbau* durch Erstellung von Plänen und logistischen Konzepten für Sofortprojekte wie etwa die Wiederherstellung der Wasserversorgung in Zchinwali und die Bereitstellung von Zuschüssen an örtliche Landwirtschaftsverbände.

END BOX

Die Mission forderte die Konfliktparteien erneut eindringlich auf, die Sicherheitslage zu verbessern, insbesondere indem sie vorschlug, die Entmilitarisierung der Konfliktzone voranzutreiben und die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung zu fördern.

Die Mission setzte mehrere Initiativen zur Herstellung des Vertrauens zwischen den Volksgruppen fort, darunter Programme für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sanierung der Infrastruktur, die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte und die Schulung von Journalisten in Konfliktberichterstattung, damit die Medien über die Ereignisse unparteiisch informieren.

Die Beobachtung der Tätigkeit der Gemeinsamen Friedenstruppen (JPKF) und der Sicherheitslage in der Konfliktzone bleibt eine wichtige Aufgabe der Mission.

Der georgisch-abchasische Konflikt. Der Friedensprozess wurde im Mai in dem unter VN-Führung stehenden georgisch-abchasischen Koordinationsrat wiederaufgenommen, kam jedoch im Juli nach einem groß angelegten georgischen Sondereinsatz in dem unter georgischer Kontrolle stehenden oberen Kodori-Tal in Abchasien und der dortigen Gründung einer „Exilregierung“ wieder zum Stillstand.

Da die Zustimmung von abchasischer Seite immer noch aussteht, konnte auch 2006 in Gali keine Außenstelle des gemeinsamen VN/OSZE-Menschenrechtsbüros in Abchasien (Georgien) eröffnet werden.

SONSTIGE AKTIVITÄTEN IN DER POLITISCH-MILITÄRISCHEN DIMENSION

Vernichtung veralteter Waffen. Wie bisher wurde von der Mission veraltete Munition zerlegt und – wenn dies nicht möglich war – vernichtet. Die Mission verbesserte die Infrastruktur in der Demontageanlage, sorgte für die Wiederaufbereitung von rund 3500 Behältern mit Nebelstoff und schloss die Installation einer TNT-Schmelzvorrichtung ab.

Polizeireform. Die Mission leistete dem Innenministerium weiterhin Hilfestellung bei der Umsetzung seiner Polizeireform und legte somit den Grundstein für die zukünftige Arbeit in Bereichen wie Personalmanagement und Entwicklung der bürgernahen Polizeiarbeit.

Im Kampf gegen Geldwäsche verhalf die Mission dem Ministerium und der Finanzpolizei zu mehr analytischer Kompetenz durch organisatorische Unterstützung bei der Einführung moderner Software.

Terrorismusbekämpfung. Die Mission startete eine Reihe spezieller Schulungsprogramme in Krisenmanagement und unterstützte das Innenministerium beim Aufbau eines Krisenmanagementzentrums.

In Zusammenarbeit mit der britischen Cranfield University und New Scotland Yard ebnete die Mission den Weg für die Schaffung einer Bomben-Datenzentrale in Georgien.

Auch andere Projekte trugen zum strategischen Ziel des *Terrorismusbekämpfungsprogramms* der OSZE bei. So wurde etwa das georgische Innenministerium beim Aufbau nachhaltiger Fähigkeiten zur Entwicklung langfristiger Kapazitäten im Kampf gegen den Terrorismus unterstützt.

Die Mission half georgischen Stellen, die Zusammenarbeit mit ihren Amtskollegen in

europäischen Ländern, insbesondere Frankreich, Österreich, Rumänien und Spanien, zu festigen.

Stärkung der Grenzmanagement-Kapazitäten. Im Juni schloss die Mission erfolgreich ein einjähriges Programm zur Verbesserung der Kapazität der georgischen Grenzpolizei in Fragen des Grenzmanagements ab. Das *Ausbildungsunterstützungsprogramm* der OSZE-Mission hatte zum Ziel, die Kenntnisse, die im Laufe der fünfjährigen Grenzbeobachtung erworben wurden, weiterzugeben.

Insgesamt 784 Offiziere mittlerer Ränge und Unteroffiziere absolvierten die Ausbildung, einige von ihnen werden als zukünftige Ausbilder ins Auge gefasst.

Im August begann die Mission mit einem neuen dreistufigen Ausbildungsprogramm:

- Schulung von Ausbildnern – als Reaktion auf das Ersuchen der georgischen Grenzpolizei um Unterstützung bei der Schaffung einer funktionellen Schulungseinrichtung
- Kriseninterventionstraining – Stärkung der Kapazitäten der Kriseninterventionseinheit der georgischen Grenzpolizei
- Einsatzplanung – Zielgruppe ist hochrangiges, im Grenzmanagement tätiges Personal in den regionalen Kommandostellen und der Zentrale der georgischen Grenzpolizei

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftliche Fragen. Die Mission konzentrierte sich auf die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Unterstützung im Kampf gegen Korruption und die Erteilung wirtschaftspolitischer Anleitungen an die Regierung. Die Mission produzierte ein Handbuch über die neuen Zollvorschriften, das den Handel erleichtern und an den Grenzen verteilt werden soll, sie organisierte ein Sommerlager, bei dem Jugendlichen betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse vermittelt wurden, und schloss eine ausführliche Analyse ab, die gemeinsam mit dem Parlament durchgeführt wurde und der Förderung einer soliden wirtschaftspolitischen Planung dienen soll.

Umweltfragen. Die Mission war darauf bedacht, stabilitätsbedrohende und konflikträchtige Umweltprobleme aufzuzeigen. Unter Mitwirkung des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE unterstützte die Mission die OSZE/VN-Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) bei der Entwicklung von Projekten in ökologisch bedenklichen Bereichen. Sie unterstützte weiterhin das *Flussüberwachungsprojekt* von NATO und OSZE und half nach wie vor mit, im Wege des Aarhus-Zentrums das Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu heben.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Die Mission setzte die Beobachtung einzelner Fälle von Menschenrechtsverletzungen fort. Sie beobachtete Gerichtsverfahren, erteilte Opfern Rechtsberatung und brachte mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen der Regierung gegenüber zur Sprache. Sie kontrollierte auch die

Haftbedingungen in georgischen Gefängnissen und verfolgte die Bemühungen der Regierung in Fragen der Justizreform.

Sie bot umfangreiche Schulungsprogramme zu folgenden Themen an: internationale Menschenrechtsnormen für Mitarbeiter des Justizministeriums, Strafrecht für die Ermittlungsbeamten und Staatsanwälte der Autonomen Republik Adscharien und neue arbeitsrechtliche Bestimmungen für öffentlich Bedienstete.

Die Mission initiierte und finanzierte die Menschenrechtsausbildung in Schulen in den Regionen und unterstützte ein Programm, in dessen Rahmen Untersuchungshäftlingen in Westgeorgien kostenlos rechtlicher Beistand angeboten wurde.

DEMOKRATISIERUNG

Ein Großteil der Aktivitäten konzentrierte sich dieses Jahr auf Kwemo Kartli, eine Region mit zahlenmäßig starken nationalen Minderheiten. Drei Ressourcenzentren erhielten technische und finanzielle Unterstützung für die Abhaltung von Computerkursen, für die rechtliche Beratung und Schulung der ortsansässigen aserbajdschanischen, armenischen und georgischen Bevölkerung in Menschenrechtsfragen sowie für Georgisch-Sprachkurse bei gegebenem Bedarf. Die Mission leistete einer Reihe von neu gegründeten NROs in den beiden entlegenen Bezirken Zalka und Dmanissi Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen vom Oktober 2006 hielt die Mission mit Regierungsstellen und internationalen Organisationen Koordinationssitzungen auf technischer und auf Botschafterebene ab. Sie leistete der Hauptwahlbehörde finanzielle Unterstützung beim Start einer umfangreicheren und informativeren Website und führte gemeinsam mit dem *National Democratic Institute* und dem Europarat strategische Beratung durch. Darüber hinaus finanzierte sie die Überwachung und Prüfung der von der Hauptwahlbehörde vorgenommenen Aktualisierung der Wählerlisten. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR gründeten und leiteten die Mission und das Parlament das Zentrum für parlamentarische Reformen, das die Aktivitäten von Gebern koordinieren und die Parlamentsführung strategisch beraten wird.

Rechtsstaatlichkeit. Die Mission erarbeitete praktische Empfehlungen für eine wirksame Reform der Strafvollzugsanstalten, organisierte ein berufliches Fortbildungsprogramm für Justizvollzugsbeamte und Bewährungshelfer und unterstützte Resozialisierungsprogramme für Gefängnisinsassen.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Mission setzte sich mit der Regierung und der Zivilgesellschaft für die Verabschiedung von Gesetzen gegen den Menschenhandel ein. Sie organisierte Kurse für Beamte der Strafverfolgungsbehörden und die Medien und subventionierte städtische und regionale NROs, die sich der Bekämpfung des Menschenhandels an der Basis widmen, mit kleinen Beihilfen.

Medienfreiheit. Die Mission befasste sich intensiv mit der Verbesserung des Informationsflusses zwischen Tiflis und jenen Regionen, die vorwiegend von nicht georgischsprachigen ethnischen Minderheiten besiedelt sind. In den Bezirken Marneuli und Bolnissi finanzierte die Mission die Wiederholung der Abendnachrichten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens mit Simultanübersetzung ins Aserbajdschanische. Sie ermöglichte auch einen Besuch von 15

Journalisten führender Zeitungen aus Tiflis im Bezirk Samzche-Dschawacheti im Süden des Landes, durch den zu einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung über diese armenischsprachige Region in der landesweiten Presse angeregt werden sollte.

Missionsleiter:

Botschafter Roy Reeve

Revidierter Gesamthaushalt: € 11.690.600

www.osce.org/georgia

Das Büro in Eriwan

[map]

Office in Yerevan = Büro in Eriwan

Kapan = Kapan

Yerevan = Eriwan

Internationale Grenzen

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das Büro machte 2006 große Fortschritte in zwei wichtigen laufenden Projekten: der Wiederaufbereitung einer Raketentreibstoffkomponente und der Förderung des Vertrauens zwischen der Polizei und der Bevölkerung.

Das Büro erweiterte auch sein Tätigkeitsfeld im Wirtschafts- und Umweltbereich, wobei es vor allem sein rechtliches und politisches Fachwissen in den Fragen Wahlen, Migration, Bekämpfung des Menschenhandels, Medien sowie Computer- und Netzsicherheit weitergab. Es arbeitete am Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen Menschenrechte, Gleichberechtigung und *Youth Leadership*.

Wahlreform. Im Hinblick auf die Wahlen im Mai 2007 unterstützte das Büro die Behörden bei der Reform der *Wahlordnung* entsprechend den Empfehlungen des BDIMR und der Venedig-Kommission. Die meisten dieser Empfehlungen wurden in die Neufassung aufgenommen. Das Büro unterstützte auch die Herausgabe von zwei Handbüchern über Wahlabwicklungsverfahren.

Unterstützung der Nationalversammlung. Aufbauend auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre unterstützte das Büro berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal der Nationalversammlung durch einen dreiwöchigen Schulungskurs und einen Studienbesuch ausgewählter Mitarbeiter im belgischen Bundesparlament.

Bekämpfung von Korruption. Das Büro unterstützte die NRO-Koalition gegen Korruption durch Schaffung eines Pilot-Netzwerks von Korruptionsmeldestellen in Eriwan und den Regionen. Im Zuge der Durchsicht der von der Regierung kürzlich beschlossenen *Nationalen*

Antikorruptionsstrategie für den Zeitraum 2007 – 2010 erörterten das Büro und seine internationalen Partner auch Strategien zur Bekämpfung korrupter Praktiken.

Beseitigung der Bestände einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange)

Im Rahmen seiner wirtschafts- und umweltbezogenen sowie politisch-militärischen Aktivität zur Entsorgung von *Mélange* wurde am 12. Mai die Entsorgungsanlage für Raketentreibstoffkomponenten in Kaltachtschi im Norden Armeniens feierlich eröffnet.

„Das *Mélange*-Projekt in Armenien ist ein hervorragendes Beispiel dafür, was die praktische Zusammenarbeit zwischen der OSZE und einem Teilnehmerstaat bewirken kann, und könnte für die gesamte OSZE-Region durchaus beispielgebend sein“, sagte der Generalsekretär der OSZE, Marc Perrin de Brichambaut, der auf Einladung des armenischen Verteidigungsministers Sersch Sargsjan an der Eröffnung teilnahm.

Das Büro reagierte mit diesem Projekt auf ein Ersuchen des armenischen Verteidigungsministeriums um Unterstützung bei der umweltfreundlichen Wiederverwertung von 872 Tonnen der hochgiftigen und flüchtigen Substanz durch Umwandlung in einen mineralischen Bodenzusatzstoff für landwirtschaftliche Zwecke.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützungsprogramm. Das Büro schloss die Renovierung des Polizeiausbildungszentrums ab und begann im November mit einem Folgeprojekt zur Einführung eines neuen Lehrplans und verbesserter Ausbildungsmethoden. Es startete auch ein Projekt für bürgernahe Polizeiarbeit in einem Testbezirk.

Computer- und Netzsicherheit. Gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe bestehend aus Experten von Strafverfolgungsbehörden organisierte das Büro einen Runden Tisch, der rechtliche und praktische Maßnahmen zur Verbesserung der Informationssicherheit und zur Unterbindung terroristischer Aktivitäten im Internet empfehlen sollte.

OSZE-Kommunikationsnetz. Das Büro unterstützte das Verteidigungsministerium bei der Beschaffung der notwendigen Ausrüstung und technischen Unterstützung und bei der Einschulung für den Anschluss an das OSZE-Kommunikationsnetz.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Eröffnung einer Präsenz zur Programmimplementierung in der Provinz Sjunik

Am 30. Juni eröffnete das Büro in Kapan eine Präsenz zur Unterstützung örtlicher Akteure, die sich für wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen unter Berücksichtigung der Umweltrisiken in einer ausgeprägten Bergbauregion wie dieser einsetzen.

Das Büro erarbeitete gemeinsam mit staatlichen Stellen eine rechtliche Grundlage für die Einrichtung solcher Präsenzen in armenischen Regionen.

„Die Regierung verfolgt besonders aufmerksam die Entwicklung der Regionen und ländlichen Gebiete Armeniens und wir sind der OSZE dankbar, dass sie uns dabei unterstützt“, sagte Außenminister Wardan Oskanjan bei der Eröffnung.

Unterstützung bei der Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Das Büro unterstützte die Ausarbeitung des *KMU-Statistikhandbuchs 2004 – 2005* und gab die Schaffung eines Indikatorensystems zur Messung der Effizienz der staatlichen Fördermaßnahmen für KMU in Auftrag. Es leistete auch einen Beitrag zur Übersetzung des von der OSZE herausgegebenen *Best-Practice Guide for a Positive Business and Investment Climate* ins Armenische.

Förderung der Grundsätze der Aarhus-Konvention. Neue Umweltinformationszentren nahmen mit Unterstützung des Büros in den Provinzen Sjunik, Tawusch und Lori ihre Tätigkeit auf. Diese Informationszentren helfen bei der Schaffung eines Klimas der Transparenz in Umweltangelegenheiten durch die Herstellung von Kontakten zwischen Regierungsstellen und einschlägigen NROs.

Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC). In Partnerschaft mit dem Umweltprogramm und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und in Verbindung mit der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) engagierte sich das Büro weiterhin in der ENVSEC-Initiative, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Umweltfragen zu fördern. Das Büro konzentrierte seine Tätigkeit auf die von ENVSEC festgestellten ökologischen Krisenherde und veranlasste eine Bewertung der ökologischen Auswirkungen der Rückstängelager von Bergbaubetrieben und Aufbereitungsanlagen. In demselben Rahmen unterstützte das Büro auch dieses Jahr die Umsetzung des von OSZE und NATO gemeinsam betriebenen *Flussüberwachungsprojekts* im Südkaukasus, mit dem eine wissenschaftliche Grundlage für effiziente Wasserbewirtschaftung im Einzugsbereich der Flüsse Kura und Arax geschaffen werden soll.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung der Volksanwaltschaft. Das Büro organisierte gemeinsam mit dem BDIMR einen Besuch des neuen armenischen Volksanwalts in der litauischen Volksanwaltschaft. Zweck dieses Besuchs war der Aufbau von Kapazitäten in der Volksanwaltschaft durch Erfahrungsaustausch über den operativen Umgang mit Individualbeschwerden. Gemeinsam mit der Volksanwaltschaft organisierte das Büro am Internationalen Tag der Menschenrechte eine Konferenz über die Menschenrechtsslage im Land.

Reformen in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug. Das Büro unterstützte die Einführung der offiziellen Website der Rechtsanwaltskammer und die Veröffentlichung einer vom Ausbildungszentrum der Generalstaatsanwaltschaft erstellten Studie über *Justizsysteme in Europa und den USA*. Es initiierte gemeinsam mit dem Europarat Schulungen in europäischen Menschenrechtsnormen für Rechtsanwälte und Volksanwälte und veranstaltete mit dem BDIMR Kurse mit Schwerpunkt auf der Untersuchung von Fällen häuslicher Gewalt und Sexualdelikten.

Das Büro organisierte für Mitarbeiter des Justizministeriums zwei Arbeitstagungen über Alternativstrafen, unterstützte die Beobachtungstätigkeit der Zivilgesellschaft in Strafvollzugsanstalten und die Herausgabe des Jahresberichts des Öffentlichen Beobachtungsausschusses. Das Büro spielte auch eine maßgebliche Rolle in einem dreimonatigen Pilotprojekt zur öffentlichen Beobachtung von Polizeigefängnissen.

Menschenrechte in der Armee. Das Büro veranstaltete einen Runden Tisch, bei dem Abänderungen an der derzeitigen Rechtslage in Bezug auf den Wehrersatzdienst sowie die Schaffung von Mechanismen für eine zivile Kontrolle der Armee empfohlen wurden.

Aufklärungsarbeit. Das Büro unterstützte die Produktion von drei Fernseh-Werbespots öffentlich-rechtlicher Sender zu den Themen Toleranz, faires Verfahren und Verbot von Folter. Es half auch bei der Organisation einer Konferenz zum Internationalen Tag der Toleranz.

Medienfreiheit. Das Büro veranstaltete öffentliche Diskussionen über Medienfreiheit und Informationsfreiheit und vermittelte ein Gutachten über das Medienrecht. Es verfolgte die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht über Armenien, den der Beauftragte für Medienfreiheit im Juli herausgegeben hatte.

Bemühungen im Kampf gegen Menschenhandel. Das Büro leistete durch Einbringung seines Fachwissens und technische Unterstützung Hilfe bei der Erstellung und Überarbeitung des *Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels*. Es veranstaltete Schulungskurse und Seminare über die Umsetzung der nationalen Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro leistete auch zwei NROs technische Unterstützung bei der Durchführung von Studien über den Menschenhandel.

Migration und Freizügigkeit. Als Reaktion auf Ersuchen der Regierung und der Zivilgesellschaft lieferte das Büro Gutachten zur Migrationssteuerung mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Rechte von Migranten und Rückkehrern und deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft und es leistete Unterstützung bei der Verbesserung der migrationsrechtlichen Bestimmungen. Das Büro gab eine Studie über Arbeitsmigrationsströme aus und zurück nach Armenien in den Jahren 2002 – 2005 in Auftrag.

Behandlung von Genderfragen. Das Büro half bei der Umsetzung des *Nationalen Aktionsplans 2004 zur Förderung von Frauen* und unterstützte BDIMR-Projekte zur Qualifizierung von Frauen für Führungspositionen. Durch einen Aufsatzwettbewerb förderte das Büro auch das Genderbewusstsein unter Jugendlichen.

Leiter des Büros:
Botschafter Wladimir Prjachin
Revidierter Gesamthaushalt: € 1.599.200
www.osce.org/yerevan